



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

10/2015 – 02.10.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

in den beiden vergangenen, aufeinanderfolgenden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages haben wir auch weiterhin insbesondere über die Flüchtlingssituation gesprochen und ein erstes diesbezügliches Maßnahmenpaket beraten.

Mehr hierzu und weitere Informationen zu den Debatten im Plenum lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Asylpaket – ein erster Schritt zur Begrenzung



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

In dieser Woche haben wir im Bundestag in erster Lesung das sogenannte **Asylpaket von Bund und Ländern** beraten, das wichtige Weichenstellungen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation enthält. Von ihm geht eine klare Botschaft aus - **wir stehen zu unserer humanitären Verpflichtung gegenüber den tatsächlich Verfolgten, aber die anderen müssen das Land verlassen**

und das muss auch durchgesetzt werden. Zudem reduzieren wir Fehlanreize wie zum Beispiel umfangreiche Bargeldzahlungen, damit sich die Nicht-Verfolgten erst gar nicht auf den Weg nach Deutschland machen.

Wir richten damit ein klares Signal an Menschen aus den Balkanstaaten, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen: **Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftstaaten erklärt und damit ihre Asylverfahren beschleunigt.** Asylbewerber aus diesen Staaten werden verpflichtet, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu bleiben und von dort erfolgt ihre Abschiebung, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. Zudem haben wir die Beseitigung von Fehlanreizen durchgesetzt: **In Erstaufnahmeeinrichtungen sollen künftig Sachleistungen statt Bargeld gewährt werden.** Die Leistungen für Ausreisepflichtige werden deutlich reduziert, wenn sie Deutschland nicht verlassen.

Jenen Menschen, die mit guter Bleibeperspektive zu uns kommen, eröffnen wir durch eine Ausweitung der Sprachkurse und berufsbezogene Förderungen die Chance, so schnell wie möglich ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Offen ansprechen müssen wir aber auch, dass häufig ein langer Weg bis zur Integration in unsere Gesellschaft zurückzulegen sein wird.

Zudem schließen wir die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen nicht aus. Das Gesetzespaket, das die umfangreichste Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren darstellt, ist ein Zwischenschritt und wir werden uns auch über weitergehende Maßnahmen unterhalten. Das Paket soll Mitte Oktober abschließend beraten werden und am 1. November 2015 in Kraft treten.

Weiterführende Informationen finden Sie auf den Seiten der Bundesregierung unter [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) sowie auf den Seiten des Bundesinnenministeriums unter [www.bund.bmi.de](http://www.bund.bmi.de).



## Aktuelles aus dem Plenum

Im Verlauf der beiden Sitzungswochen haben wir die **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED** beschlossen. Nach dem Entwurf der Bundesregierung werden bis zu 950 deutsche Soldaten als Teil einer EU-Mission zur Bekämpfung krimineller Schleuseraktivitäten in das südliche und zentrale Mittelmeer entsendet. Dazu sollen auf hoher See Schiffe und



(© Bundeswehr/T.Petersen)

an Bord befindliche Gegenstände, die von Schleusern oder Menschenhändlern benutzt werden, im Einklang mit dem anwendbaren Völkerrecht ausgemacht und beschlagnahmt werden. Das Mandat ist bis Ende Oktober 2016 befristet und ist Teil des europäischen Gesamtansatzes zur Flüchtlingspolitik: Dieser umfasst neben der Schleuserbekämpfung im Mittelmeer insbesondere auch die Seenotrettung, zu der die Bundeswehr seit Mai 2015 einen wichtigen Beitrag leistet.



Zudem hat die Bundesregierung den **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015** vorgestellt. Dabei wurde die Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen beleuchtet. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Die Exportquote hat sich seit Mitte der 90er Jahre verdreifacht und

es sind leistungsfähige industrielle Kerne entstanden. Verbleibende Herausforderungen sind die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Bewältigung des demografischen Wandels, die Haushaltskonsolidierung der ostdeutschen Länder und der Abbau noch vorhandener regionaler Disparitäten. Mit Blick auf die deutsche Geschichte wird die Auseinandersetzung mit den Strukturen und Wirkungen der SED-Diktatur auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Aufarbeitung bleiben.

## Daten und Fakten

**Startups schaffen Jobs.** Deutsche Startups tragen auch weiterhin dazu bei, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Knapp 94 Prozent der Gründer gaben im Rahmen der Befragung zum Deutschen Startup Monitor 2015 an, in den kommenden 12 Monaten weitere Mitarbeiter einstellen zu wollen. Im Schnitt sind dabei 8,3 neue Stellen pro Jungunternehmen geplant. Derzeit arbeiten in jedem Startup drei Jahre nach Gründung durchschnittlich 17,6 Personen. Die Startups agieren dabei international: Lediglich 37,7 Prozent sind derzeit ausschließlich auf dem deutschen Markt tätig, 38,2 Prozent agieren innerhalb Europas und 25,2 Prozent sind sogar darüber hinaus tätig. 62 Prozent der Startups, die zurzeit ausschließlich in Deutschland aktiv sind, planen eine Internationalisierung. Das schlägt sich auch in der Beschäftigung nieder: Knapp 10 Prozent der Gründer und 22 Prozent der Arbeitnehmer in Startups kommen nicht aus Deutschland.

(Quelle: Deutscher Startup Monitor 2015)

**Kommunales Defizit gesunken.** Die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) wiesen im ersten Halbjahr 2015 ein Finanzierungsdefizit von insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro auf. Damit war das Defizit laut Statistischem Bundesamt um 0,5 Milliarden Euro niedriger als im ersten Halbjahr 2014. Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich ihrer Extrahaushalte beliefen sich im ersten Halbjahr 2015 auf rund 103,8 Milliarden Euro, eine Steigerung von 4,8 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2014. Die kommunalen Ausgaben stiegen im gleichen Zeitraum um 4,2 Prozent auf insgesamt rund 105,3 Milliarden Euro. Vor allem die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen wirkte sich dabei positiv aus – diese stiegen um 5,1 Prozent auf 36,2 Milliarden Euro. Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren stiegen um 6,1 Prozent auf 12,4 Milliarden Euro. Gleichzeitig nahmen Personalausgaben gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,0 Prozent auf 27,9 Milliarden Euro sowie Sozialleistungen um 8,9 Prozent auf 26,4 Milliarden Euro zu.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)



**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim  
Melde  
Seite 3 – Bundeswehr/T.Petersen